

Vollmacht

wird der **Kanzlei Rommelspacher Glaser Prüß Mattes Kalthoff Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB**, Eywiesenstraße 6, 88212 Ravensburg, Tel.: 0751/36331-0, Fax: 0751 / 36331-33, E-Mail: info@RoFaSt.de, Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, Partnerschaftsregister AG Ulm, Nr. PR 550004, **erteilt**

in Sachen:

wegen:

- 1.) zur Prozessführung (u.a. nach §§ 81 ff. ZPO) einschließlich der Befugnis zur Erhebung von Widerklagen; zur Vertretung in Familienrechtsangelegenheiten, zur Antragstellung in Scheidungs- und Scheidungsfolgesachen, Nebenverfahren, und zwar im Verbund und außerhalb des Verbundes, Eheaufhebungssachen, Klageerhebung zur Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe, im vereinfachten Verfahren zur Festsetzung von Unterhalt, zum Abschluss von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen sowie zur Antragstellung auf Auskunftserteilung im Rahmen des Versorgungsausgleichs und ggf. Abgabe der Bereiterklärung, Verzicht auf Tatbestand und Entscheidungsgründe des Urteils zu erklären (§ 313a ZPO) sowie auf den Antrag nach § 629c ZPO zu verzichten sowie zur Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Vermögensauskünften;
- 2.) zur Vertretung und Verteidigung in Strafsachen und Bußgeldsachen (§§ 302, 374 StPO) einschließlich der Vorverfahren sowie (für den Fall der Abwesenheit) zur Vertretung nach §§ 41 II StPO und mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233 I, 234 StPO, zur Stellung von Straf- und anderen nach der Strafprozessordnung zulässigen Anträgen und von Anträgen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen, insbesondere auch für das Beträgsverfahren;
- 3.) zur Vertretung in sonstigen Verfahren und bei außergerichtlichen Verhandlungen aller Art gegenüber Gegnern, Beteiligten und Dritten wie Behörden, Versicherern, Sozialversicherungsträgern, Berufsgenossenschaften etc. (insbesondere in Unfallsachen zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer);
- 4.) zur Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen und Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte, insbesondere die Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen (z. B. Kündigungen)
- 5.) zum Abschluss gerichtlicher und außergerichtlicher Vergleiche sowie zur Abgabe von Verzichts- und Anerkenntniserklärungen; insbesondere umfasst die Vollmacht die Vertretung gem. § 141 III ZPO (Aufklärung des Tatbestandes, Abgabe der gebotenen Erklärungen und Vergleichsabschluss);
- 6.) zur Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und vom Gegner, von der Justizkasse oder andere Stellen zu erstattenden Kosten und Auslagen.
- 7.) Der Gerichtsvollzieher und jede andere gerichtliche, behördliche und private Stelle, einschließlich des / der gegnerischen Prozessbevollmächtigten werden angewiesen, zurückzuzahlende, zu leistende, beigetriebene, hinterlegte Beträge an die prozessbevollmächtigte Anwaltskanzlei auszuführen;
- 8.) Die Vollmacht gilt für alle Instanzen und erstreckt sich auch auf Neben- und Folgeverfahren aller Art (z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzungs-, Zwangsvollstreckungs-, Interventions-, Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Hinterlegungsverfahren sowie Insolvenzverfahren). Sie umfasst insbesondere die Befugnis, Zustellungen zu bewirken und entgegenzunehmen, die Vollmacht ganz oder teilweise auf andere zu übertragen (Untervollmacht), Rechtsmittel einzulegen, zurückzunehmen oder auf sie zu verzichten sowie Akteneinsicht zu nehmen.

Die Erteilung dieser Vollmacht ist unabhängig von einer eventuellen Deckungszusage einer Rechtsschutzversicherung oder der Bewilligung von Beratungs-, Verfahrens- oder Prozesskostenhilfe.

Soweit der Mandant eine E-Mail-Adresse und/oder eine Telefax-Nummer mitteilt, willigt er ein, dass ihm ohne Einschränkung per E-Mail und Telefax mandatsbezogene Informationen zugesendet werden dürfen. Dem Mandanten ist bekannt, dass bei unverschlüsselten E-Mails und Telefaxnachrichten nur eingeschränkte Vertraulichkeit gewährleistet ist. Der Mandant erklärt in Kenntnis dieser Umstände mit seiner Unterschrift auch sein Einverständnis für die Korrespondenz per E-Mail und/oder Telefax sowohl zwischen Anwalt und Mandant als auch für die Korrespondenz mit allen weiteren Verfahrensbeteiligten wie Gerichten, Behörden, Gegnern und entbindet die Kanzlei und den das Mandant betreuenden Rechtsanwalt/in insoweit vorsorglich von seiner anwaltlichen Schweigepflicht.

Ich erteile der Kanzlei **Rommelspacher Glaser Prüß Mattes Kalthoff Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB** in der o.g. Angelegenheit in Kenntnis dieser Vollmacht nebst den Hinweisen und der rückseitig abgedruckten Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) das Mandat.

Datum

(Unterschrift)

Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. KOSTEN & GEBÜHREN

Erfolgt zunächst eine Erstberatung, so werden die diesbezüglichen Kosten auf eine in derselben Sache folgende Geschäfts-/Verfahrensgebühr etc. nicht angerechnet. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, angemessene Vorschüsse zu verlangen (§ 9 RVG). Der Mandant ist verpflichtet, auf Anforderung der Rechtsanwälte einen angemessenen Vorschuss und nach Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung der Rechtsanwälte zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen. Eine verbindliche Erklärung darüber, ob Kosten von dritter Seite (Rechtsschutzversicherung, Gegner, Beratungs-, Verfahrens-, Prozesskostenhilfe) übernommen werden, erfolgt nicht. Die Gebühren für die anwaltliche Tätigkeit richten sich nicht nach Betragsrahmen oder Festgebühren, sondern nach dem Gegenstandswert, § 49 BRAO. Etwas anders gilt in Straf- und Buß-, Verwaltungsgeldsachen sowie in sozialrechtlichen und sozialgerichtlichen Angelegenheiten; ferner dann, wenn eine hiervon abweichende Vergütungsvereinbarung (z.B. Zeitabrechnung) getroffen wurde. Der Mandant ist vor Übernahme des Auftrages hierauf hingewiesen worden, ebenso auf die Möglichkeit der Beratungshilfe sowie Prozess-/Verfahrenskostenhilfe bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen. Zusätzlich können entstehen und sind vom Mandanten zu ersetzen: Bahnkosten, Fahrtkosten Übernachtungskosten. Darüber hinaus gelten die nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) bestehenden Sätze für Abwesenheitsgeld (VV 7003 ff. RVG). Der Tätigkeitsaufwand für EDV-Recherchen, Auskünfte bei Registern, Creditreform u. a. werden gesondert auf Nachweis berechnet. Kopierkosten werden in Höhe von 0,50 € je s/w-Kopie und 1,00 € je Farbkopie nach tatsächlicher Anzahl (dies umfasst z.B. die Druckkosten für Unterlagen, die der Mandant per E-Mail oder Telefax übermittelt) sowie einer Telekommunikationspauschal mit 20,00 € je Abrechnung (jeweils zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer) berechnet. Der Auftraggeber hat dem Rechtsanwalt die Kosten der Abschriften und Ablichtungen, deren Anfertigung sachdienlich ist, nach § Nr. 7000 VV RVG auch dann zu erstatten, wenn es sich nicht um zusätzliche Abschriften und Ablichtungen im Sinne des Gesetzes handelt, diese aber für die ordnungsgemäße Durchführung des Mandats erforderlich sind. In Zusammenhang mit der Mandatsbearbeitung verauslagte Kosten, insbesondere Gerichts-, Gerichtsvollzieherkosten, Aktenversendungspauschalen u. a. sind auf Anforderung sofort zu erstatten. Je nach wirtschaftlicher Situation des Mandanten kann ein Verfahrens- oder Prozesskostenhilfeantrag gestellt werden. Hierzu muss ein Schriftsatz bei Gericht eingereicht werden, wofür eine 1,0 Gebühr aus dem jeweiligen Streitwert entsteht. Diese Gebühr ist vom Mandanten zu bezahlen, sofern keine Verfahrens- oder Prozesskostenhilfe bewilligt wird. Kostenerstattungsansprüche und andere Ansprüche des Auftraggebers gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder sonstigen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Kostenerstattungsansprüche des beauftragten Rechtsanwalts an diesen abgetreten (und von diesem angenommen) mit der Ermächtigung, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Zahlungspflichtigen mitzuteilen. Der Mandant ist damit einverstanden, dass eingehende Geldbeträge unabhängig von einer eventuellen Zweckbestimmung und auch aus anderen Angelegenheiten zunächst zur Deckung der jeweils fälligen und/oder voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen verrechnet werden. Von den Beschränkungen des § 181 BGB ist der Rechtsanwalt befreit. Fremdgelder und sonstige Vermögenswerte, insbesondere Wertpapiere und andere geldwerte Urkunden, werden vorbehaltlich der eigenen Vergütungsansprüche der Rechtsanwälte unverzüglich an den Berechtigten weitergeleitet. Solange dies nicht möglich ist, sind Fremdgelder auf Anderkonten zu verwalten.

2. RECHTE UND PFLICHTEN DER KANZLEI

Die Rechtsanwälte werden die Rechtssache des Mandanten sorgfältig prüfen, ihn über das Ergebnis der Prüfung unterrichten und gegenüber Dritten die Interessen des Mandanten im jeweils beauftragten Umfang rechtlich vertreten. Die Rechtsberatung der Rechtsanwälte bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gegenstand des Mandatsvertrages mit dem Rechtsanwalt/in ist nicht die steuerliche Beratung. Steuerliche Fragen und Auswirkungen hat der Mandant durch fachkundige Dritte (Steuerberater, Wirtschaftsprüfer etc.) auf eigen Verantwortung prüfen zu lassen, es sei denn es erfolgt eine Beratung durch den Steuerberater Tobias Rommelspacher. Die Rechtsanwälte sind berechtigt, zur Bearbeitung des Mandats Mitarbeiter, andere Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte und sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen. Sofern dadurch zusätzliche Kosten entstehen, verpflichten sich die Rechtsanwälte, zuvor die Zustimmung des Mandanten einzuholen. Die Rechtsanwälte sind zur Verschwiegenheit berechtigt und verpflichtet. Das Recht und die Pflicht zur Verschwiegenheit beziehen sich auf alles, was ihnen in Ausübung ihres Berufes bekannt geworden ist, und bestehen nach Beendigung des Mandats fort. Die Pflicht zur Verschwiegenheit gilt nicht, soweit die Berufsordnung oder andere Rechtsvorschriften Ausnahmen zulassen oder die Durchsetzung oder Abwehr von Ansprüchen aus dem Mandatsverhältnis oder die Verteidigung der Rechtsanwälte in eigener Sache die Offenbarung erfordern. Die Rechtsanwälte haben ihre Mitarbeiter und alle sonstigen Personen, die bei ihrer beruflichen Tätigkeit mitwirken, ausdrücklich zur Verschwiegenheit verpflichtet.

3. PFLICHTEN DES MANDANTEN

Der Mandant wird die Rechtsanwälte über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und ihnen sämtliche mit dem Auftrag zusammenhängenden Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln. Der Mandant wird während der Dauer des Mandats nur in Abstimmung mit den Rechtsanwälten mit Gerichten, Behörden, der Gegenseite oder sonstigen Beteiligten Kontakt aufnehmen. Der Mandant wird die Rechtsanwälte unterrichten, wenn er seine Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse etc. wechselt oder über längere Zeit wegen Urlaubs oder aus anderen Gründen nicht erreichbar ist. Der Mandant wird die ihm von den Rechtsanwälten übermittelten Schreiben und Schriftsätze der Rechtsanwälte sorgfältig daraufhin überprüfen, ob die darin enthaltenen Sachverhaltsangaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

4. RECHTSCHUTZVERSICHERUNG

Soweit die Rechtsanwälte auch beauftragt sind, den Schriftwechsel mit der Rechtsschutzversicherung zu führen, werden diese von der Verschwiegenheitsverpflichtung im Verhältnis zur Rechtsschutzversicherung ausdrücklich befreit. In diesem Fall versichert der Mandant, dass der Versicherungsvertrag mit der Rechtsschutzversicherung weiterhin besteht, keine Beitragsrückstände bestehen und in gleicher Angelegenheit keine anderen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte beauftragt sind. Der Mandant ist dahingehend unterrichtet worden, dass die Einholung der

Deckungszusage bei der Rechtsschutzversicherung und die in diesen Zusammenhang geführte Korrespondenz eine separate Angelegenheit im Sinn des § 17 RVG darstellt, die gesondert zu vergüten ist. Die Kosten richten sich nach dem Gegenstandswert und werden nicht von der Rechtsschutzversicherung übernommen. Dem Mandanten ist bekannt, dass auch bei Bestehen einer Rechtsschutzversicherung allein der Mandant als Auftraggeber der Schuldner der Kosten & Gebühren ist.

5. RECHTSMITTEL & RECHTSBEHELFE

Der Rechtsanwalt ist zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, wenn er einen darauf gerichteten Auftrag erhält und diesen angenommen hat.

6. MEHRERE AUFTRAGGEBER

Handlungen, die sich auf das Mandat beziehen und welche einer von mehreren Auftraggebern vornimmt oder welche gegenüber einem von mehreren vorgenommen werden, wirken für und gegen alle Auftraggeber. Widersprechen sich die Weisungen mehrerer Auftraggeber, so kann das Mandat niedergelegt werden. Mehrere Auftraggeber haften für die Anwaltsvergütung als Gesamtschuldner.

7. AUSKÜNFTEN

Bei telefonischen Auskünften wird keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit übernommen. Mündliche, insbesondere telefonische Auskünfte sind nur im Falle der schriftlichen Bestätigung verbindlich.

8. AKTENAUFBEWAHRUNG UND VERNICHTUNG

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass Handakten des Rechtsanwalts bis auf die Kostenakte und etwaige Titel nach Ablauf von fünf Jahren nach Beendigung des Mandats (§ 50 BRAO) vernichtet werden, sofern der Mandant diese Akten nicht in der Kanzlei der Rechtsanwälte vorher abholt. Im Übrigen gilt § 50 Abs. 2 S. 2 BRAO.

9. ARBEITSGERICHTSVERFAHREN

Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren oder sonstiger Kosten besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

10. FAMILIENSACHEN

In Ehesachen haften die Rechtsanwälte weder für die Vollständigkeit noch für die Richtigkeit oder Echtheit der für die Versorgungsausgleichs-, Zugewinn oder Unterhaltsberechnung vorzulegenden Unterlagen oder der von den Versicherungsträgern errechneten oder mitgeteilten Beträge.

11. HAFTUNG

Die Haftung der Kanzlei Rommelspacher Glaser Prüß Mattes Kalthoff Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB und/oder des im Einzelfall allein mandatierten und/oder des allein auf Schadenersatz in Anspruch genommenen Rechtsanwalts wird auf € 2.500.000,00 pro Schadenfall beschränkt (§ 51a BRAO, § 8 PartGG). Die Haftungsbeschränkung gilt entsprechend § 51a BRAO nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadenverursachung. Soweit im Einzelfall eine weitergehende Haftung gewünscht wird, kann auf schriftliche Weisung des Mandanten und auf dessen Kosten eine Einzelhaftpflichtversicherung zu einer höheren Haftungssumme abgeschlossen werden.

12. GERICHTSSTAND

Für Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist gem. § 29 ZPO der Sitz der Anwaltskanzlei Gerichtsstand für alle Ansprüche aus dem der Vollmacht zugrunde liegenden Rechtsverhältnis.

13. DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE

Die Angaben zur EU-Dienstleistungsrichtlinie finden Sie auf unserer Internetseite unter <http://www.rofast.de/de/impressum.php>; gerne händigen wir Ihnen diese Angaben persönlich aus.

14. DATENSCHUTZ

Die Rechtsanwälte sind berechtigt, ihnen anvertraute Daten des Mandanten im Rahmen des Mandats mit Datenverarbeitungsanlagen zu erfassen, zu speichern und zu verarbeiten. Die Rechtsanwälte werden alle verhältnismäßigen und zumutbaren Vorkehrungen gegen Verlust und Zugriffe unbefugter Dritter auf Daten des Mandanten treffen und laufend dem jeweils bewährten Stand der Technik anpassen.

15. AUßERGEHTLICHE STREITSCHLICHTUNG

Bei Streitigkeiten zwischen Rechtsanwälten und ihren Auftraggebern besteht auf Antrag die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitschlichtung bei der regionalen Rechtsanwaltskammer Tübingen, Christophstraße 30, 72072 Tübingen (gemäß § 73 Abs. 2 Nr. 3 i. V. m. § 73 Abs. 5 BRAO), im Internet zu finden über die Homepage der Rechtsanwaltskammer (www.rak-tuebingen.de), oder bei der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft (§ 191 f. BRAO) bei der Bundesrechtsanwaltskammer Körperschaft des öffentlichen Rechts, Littenstraße 9, 10179 Berlin, im Internet zu finden über die Homepage der Bundesrechtsanwaltskammer (www.brak.de), E-Mail: schlichtungsstelle@brak.de. Als weitere Möglichkeit hat die EU die Rechte von Verbrauchern durch den Erlass der ODR-Verordnung (EU) Nr. 524/2013 gestärkt und schafft durch eine Online-Streitbeilegungsplattform (kurz „OS-Plattform“) eine Anlaufstelle für Verbraucher und Unternehmer. Auf der OS-Plattform besteht die Möglichkeit bei online geschlossenen Rechtsgeschäften Streitigkeiten außergerichtlich beizulegen: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> Wir sind grundsätzlich bereit, an einer Streitschlichtung mitzuwirken.

16. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Die vorstehenden Mandatsbedingungen gelten auch für künftige Mandate, soweit nichts entgegenstehendes schriftlich vereinbart wird. Die Rechtsunwirksamkeit einer Bestimmung berührt die Rechtswirksamkeit der anderen Vertragsteile nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die ihr im wirtschaftlichen Ergebnis am nächsten kommt und dem Vertragszweck am besten entspricht.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns

Rommelspacher Glaser Prüß Mattes Kalthoff
Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB
Eywiesenstraße 6 | D-88212 Ravensburg
Tel: 0751 36331-0 | Fax: 0751 36331-33
E-Mail: info@RoFaSt.de | Homepage: www.RoFaSt.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

An
Rommelspacher Glaser Prüß Mattes Kalthoff
Rechtsanwälte Steuerberater PartG mbB
Eywiesenstraße 6 , D-88212 Ravensburg

Tel: 0751 36331-0 | Fax: 0751 36331-33
E-Mail: info@RoFaSt.de | Homepage: www.RoFaSt.de

Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/ die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)

.....

.....

Bestellt am (*)/erhalten am (*):

.....

Name des/der Verbraucher(s):

.....

Anschrift des/der Verbraucher(s):

.....

.....

Unterschrift des/der Verbraucher(s):

.....

Datum:

.....

(*) Unzutreffendes streichen.